

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Eine Kette stereotyper Assoziationen"

Unter dem Titel „Die sogenannte' DDR and der Bürger der Bundesrepublik" hat der Tübinger Soziologe Prof. Dr. *Ralf Dahrendorf* in der *Basler National-Zeitung* (Nr. 141, 26. 3. 1965) einen Leitartikel veröffentlicht, von dem wir meinen, daß er nicht nur in der Schweiz, sondern vor allem auch in der Bundesrepublik gelesen und beachtet werden sollte. Wir zitieren daher hier die wichtigsten Abschnitte dieses Aufsatzes:

„Noch immer ist die DDR in der offiziellen Sprache der Bundesrepublik eine ‚sogenannte' DDR, wenn nicht gar die ‚SBZ' oder die ‚Zone'. Auch bleibt die offizielle Sprache, von der Massenpresse heftig unterstützt, nicht ohne Wirkung: Wer DDR sagt, ganz ohne Anführungsstriche und Einschränkung, blickt sich oft ein wenig schamhaft um, ob auch niemand Anstoß nimmt; mancher kommt sich mutig vor, weil er es wagt, die Anführungsstriche fortzulassen. So wird das Interesse vieler von der *Sache*, um die es geht, auf die *Namen* abgelenkt; man streitet sich um Worte und vergißt die Realität. Denn trotz zahlreicher Zeitungsberichte, trotz der Rentnerbesuche und gelegentlicher Reisen von Westdeutschen in die DDR ist der östliche Teil Deutschlands dem westlichen Teil ein ‚fernes Land' geworden.

Aus vielen Gesprächen der jüngeren Zeit drängt sich mir ein Eindruck auf, der sicherlich kontrovers ist, aber, wenn er der Wirklichkeit entspricht, etwas Wichtiges trifft: Die Unkenntnis der Bürger der Bundesrepublik über die DDR ist so groß, daß ihre politische Haltung zur DDR auf sehr schwankendem Boden steht und sich rasch verändern kann. Viele Diskussionen über die DDR sind stark schematisiert; sie folgen einem groben Schnittmuster anti-kommunistischer Ideologie und gefährden vorgefaßte Meinungen nicht. In dem Augenblick aber, in dem genauere Information — über das Bildungswesen der DDR, die Sozialpolitik, das Gesundheitswesen und manche andere Bereiche — vermittelt wird, geraten die vorgefaß-

ten Meinungen ins Wanken. ‚Natürlich ist drüben nicht alles schlecht' — ‚Wir könnten manches von denen lernen' — und rasch erweist sich die Labilität der DDR-Feindschaft der Bundesrepublik. Nicht, daß es in den Bürgern der Bundesrepublik einen verborgenen Hang zum Kommunismus gäbe; dies ist sicherlich ganz und gar nicht der Fall; aber die DDR kann aus dem allzu simplen Schema von Kommunismus und Antikommunismus herausgelöst und ganz anderen Urteilsbereichen zugeordnet werden. Die gewissermaßen offiziellen Meinungen sind nur eine dünne Schale um eine rauhe Nuß. Und dieser Sachverhalt dürfte nicht ohne politische Bedeutung sein. Es gibt im Grunde kein festes Bild von dem, was im anderen Teil Deutschlands geschieht, geschweige denn, was die Menschen denken und fühlen.

Manchmal fragt man sich überdies, ob das Bild der Politiker der Bundesrepublik sehr viel konkreter ist als das der von ihnen Repräsentierten. Was immer man über die amerikanische Vietnampolitik denken mag — man kann den Amerikanern nicht vorwerfen, daß sie nicht alle Möglichkeiten der Entwicklung mit einem Maximum an Information durchdacht und in ihren Konsequenzen ‚durchgespielt' hätten. Ob das für die deutsche Wiedervereinigungspolitik auch gilt? Oder ist auch sie eine Politik des lauten Wortes ohne Hintergrund, des Abwartens, bis es zu spät ist, der Reaktionen und nicht der Aktionen? Ist sie vor allem eine Politik breiter Informationsgrundlage oder ebenso angefüllt von ideologischen Einseitigkeiten wie die deutsche Massenpresse?

Es ist den deutschen Bundesregierungen gelungen, mit der Vorstellung der DDR im Bewußtsein vieler eine Kette stereotyper Assoziationen zu verbinden: sowjetische Bajonette, geknechtetes Volk, übermäßige Sturheit selbst noch im Kreise der Kommunisten, Armut und Hoffnungslosigkeit, Sehnsucht nach westlicher Freiheit. Selbst wenn diese Assoziationen die Wahrheit darstellen, sind sie sicher nicht die ganze Wahrheit. Wer aber die ganze Wahrheit verschweigt, dem kann sie gefährlich werden . . .

Die Haltung der Bürger der Bundesrepublik zur DDR ist vielfach labil, weil es ihr an Information fehlt, an Information sowohl über

die Schwächen des eigenen Bereiches als auch über die Stärken der anderen. Das ist eine gefährliche Voraussetzung für rationale Politik, bei der peinliche Überraschungen kaum ausbleiben können. Sicher kann umfassendere, weniger vorurteilsgebundene Information an dieser mißlichen Lage nicht alles ändern; aber sie wäre doch eine nützliche, ja unumgängliche Aufgabe deutscher Innenpolitik, wenn nicht die Kluft zwischen Deklaration und Realität noch krasser werden soll, als sie es heute bereits in mancherlei Hinsicht ist."

Hinweise

Unter dem Titel „Freiheit, die ich meine“ behandelt *Peter Grubbe* im *Monat* Heft 199 (April 1965) die bedenkliche Entwicklung im bundesdeutschen Rundfunk und Fernsehen und in der westdeutschen Presse.

Neben den Frankfurter Heften und ein oder zwei weiteren Zeitschriften gehören die *Werkhefte* — Zeitschrift für Probleme der Gesellschaft und des Katholizismus (München, Landwehrstr. 44) zu den Monatsschriften, deren Lektüre in jedem Heft wichtige Einblicke und Aspekte erschließt. Hervorzuheben in Heft 3/1965 eine hervorragende Reportage „Ende der Anfrage“ von *Christian Geissler* und eine Diskussion über die Fragwürdigkeiten der „Woche der Brüderlichkeit“; in Heft 4/1965 eine sehr beachtenswerte Analyse des „wiederauflebenden deutschen Nationalbewußtseins“ von *Werner Beutler* und eine scharfsinnige Auseinandersetzung mit dem Niedersachsen-Konkordat, der besondere, und grundsätzliche Bedeutung zukommt, da sie von einem; katholischen Publizisten, *Gerd Hirschauer*, verfaßt ist.

Unter dem Titel *Der Nahe Osten* ist die erste Nummer der deutschen Ausgabe (Bonn, Helmholtzstr. 1) einer bisher schon englisch und französisch publizierten Zeitschrift erschienen; Chefredakteur ist der bekannte englische Journalist *Jon Kimche*. Die Zeitschrift bemüht sich um wahrheitsgetreue Berichterstattung aus allen Ländern des Nahen Ostens und dient dem Ziel, „für eine friedliche Beilegung des nahöstlichen Konfliktes . . . das gemeinsame Programm von Fortschritt und Reform zu suchen, das sich Juden und Araber, Engländer und Amerikaner, Deutsche und Franzosen, Afrikaner und Asiaten zu eigen machen können.“

Die von Gerhard Szczesny in Verbindung mit der Humanistischen Union und der Humanistischen Studenten-Union herausgegebene kulturpolitische Korrespondenz *Vorgänge* (Szczesny Verlag KG, München 9) hat sich zu einer beachtlichen kulturpolitischen Monatsschrift entwickelt; aus dem Heft 2/1965 nennen wir besonders die Beiträge von Fritz

Bauer (Die Verjährung nazistischer Verbrechen), Wolfgang Hochheimer (Zur Psychologie von Antisemitismus und Möglichkeiten seiner Prophylaxe), August E. Hohler (Frieden und Krieg — Eine Auseinandersetzung mit Raymond Arons Werk) sowie unter den Dokumenten- eine Stellungnahme der Universität Frankfurt zum Thema „Notstandsverfassung und Wissenschaftsfreiheit“.

In der Zeitschrift *Briefe zur Völkerverständigung*, die der Internationale Arbeitskreis Sonnenberg (Braunschweig, Bruchtorwall 5) herausgibt, sind in Heft 31 und Heft 32 wichtige Beiträge zur Vorurteilsforschung von Prof. Mitscherlich und Kurt Neumann erschienen; ferner ein Aufsatz des Soziologen Hans Paul Bahrtdt unter dem Titel „Gelehrte müssen sich verständlich machen — Wo Spezialisten ihre eigene Sprache haben, versagt die Demokratie“ und Abhandlungen über „Geschichte und Gemeinschaftskunde in der amerikanischen Pädagogik“ (Jürgen Herbst) und „Bildungsplanung in den Entwicklungsländern“ (Klaus Hüfner).

„Entwicklung als sozialwissenschaftlicher Begriff“ heißt eine Untersuchung von Prof. Dr. Richard F. Behrendt, die im Februarheft 1965 der *Schweizer Monatshefte* erschienen ist.